

20. Februar 2016

Pressemitteilung

Die Massenzuwanderung muss gestoppt werden.

Appell an die Bundesregierung

✿ **In einem gestern einstimmig gefassten Appell an die Bundesregierung fordert der Vorstand des Kärntner Heimatdienstes alles zur ehestmöglichen Eindämmung des Massenzuzugs nach Österreich zu unternehmen.**

✿ **Die Festsetzung einer Obergrenze ist nur ein erster Schritt und genügt keinesfalls. Die Interessen des Landes und seiner Bürger müssen an der Spitze stehen.**

✿ **Das schließt ein Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot ebenso wenig aus, wie die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben auch mit Menschen aus anderen Kulturkreisen. Der KHD verurteilt Fremdenfeindlichkeit und Pauschalverurteilung.**

✿ **Mit der Absicht, schon in Kürze zu einer öffentlichen Diskussion mit einem maßgeblichen Repräsentanten der Muslime einzuladen, will der KHD das noch unterstreichen.**

Die Forderungen

1.

Das Bemühen um nachhaltige Eindämmung der Massenzuwanderung muss oberste Priorität haben. Die Festsetzung einer Obergrenze kann nur ein erster Schritt sein und genügt keineswegs.

2.

Die ehestmögliche und lückenlose Sicherung der EU-Außengrenzen muss im Interesse aller 28 EU-Staaten liegen. Ein gemeinsames Bekenntnis dazu wäre dokumentierte europäische Einigkeit. Mit einer effizienten Grenzsicherung nach außen, hätte das Sterben im Mittelmeer endlich ein Ende. Kontrollen an den EU-Binnengrenzen werden dann entbehrlich und Schengen bleibt bestehen.

3.

Parallel zur Sicherung der EU-Außengrenzen hat die Bekämpfung der Fluchtursachen absoluten Vorrang.

4.

Die Finanzierung neuer Flüchtlingslager in Kriegsandrainerstaaten bzw. international garantierten Sicherheitszonen in kriegsnahen Gebieten, soll die Abwanderung Hunderttausender nach Europa unterbinden. Neuer „Marshallplan“ für Wiederaufbau in Syrien gefordert. Milliardenhilfe ist vor allem auch von den USA, den reichen Golfstaaten und von Saudi-Arabien einzufordern.

5.

Den neuen Flüchtlingen mit Asylstatus sind strenge Pflichten aufzuerlegen. Grundwerte sind nicht verhandelbar. Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sind konsequent abzuschieben.

6.

Asylberechtigte aus den Kriegsgebieten sind verstärkt und gezielt auf eine Rückkehr nach Kriegsende in ihre Heimat vorzubereiten. Milliardenbeträge für Flüchtlinge in Europa könnten umgeleitet werden und den Menschen in Syrien zu Gute kommen

7.

Der Kärntner Heimatdienst ist gegen Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. JA zu interkulturellem Dialog auch mit Muslimen.

Diese Forderungen werden im „Appell an die Bundesregierung“ ausführlich begründet.

Österreichs größte parteifreie patriotische Bürgerinitiative

9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8

● Tel. 0463-54002

● Fax 0463-540029

● Internet: www.khd.at

● E-mail: office@khd.at

Massenzuwanderung



Appell an die Bundesregierung

Vom Vorstand des Kärntner Heimatdienstes einstimmig beschlossen am 19. Februar 2016

Seit Mitte des Vorjahres bewegt sich ein bis vor kurzem nahezu ungebremster Flüchtlingszustrom aus dem Nahen Osten und anderen Teilen der Dritten Welt nach Europa. Als Ergebnis einer Monate hindurch weltweit verkündeten Willkommenskultur konzentriert sich dieser bis heute weitestgehend auf Deutschland und Österreich.

Einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge, werden die Kosten für die bis 2017 erwarteten 2,2 Millionen Migranten Deutschland rund 50 Milliarden Euro kosten. Für Österreich könnten die Kosten im Verhältnis zur Einwohnerzahl Deutschlands etwa 5 Milliarden Euro betragen.

Dem muss Einhalt geboten werden.

Die Eindämmung einer massenhaften und unkontrollierten Zuwanderung liegt im Interesse jedes souveränen Staates, somit auch Österreichs. Die Kritik des EU-Kommissionspräsidenten Juncker an Österreich wegen ersten Maßnahmen zur Reduzierung des Massenzuzugs ist scharf zurückzuweisen.

Die Pflicht zur Aufnahme von persönlich verfolgten Menschen aus Kriegsgebieten im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention steht außer Zweifel. Sie kann jedoch nicht uferlos sein und den Herbergsstaat überfordern, während sich sichere Nachbarstaaten dieser humanitären Pflicht zur Gänze entziehen.

Trotz ersten zaghaften Maßnahmen zur Reduzierung des Flüchtlingsstroms fließt dieser auch in diesem Jahr unvermindert, ja noch verstärkt weiter. Seit Jahresbeginn sind weitere 100.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Ohne Gegensteuerung werden bis Jahresende weit über eine Million erwartet.

Die neuerlichen schweren Kampfhandlungen in Syrien, haben bis jetzt schon mehr als 100.000 Menschen aus den Kampfgebieten in Richtung Türkei in Marsch gesetzt. In der Ägäis setzten seit Jahresbeginn bis zum 12. Februar mehr als 77.000 Menschen über. Erklärtes Fluchtziel auch dieser Menschen ist Europa, insbesondere Deutschland, aber auch Österreich.

Die mit dieser dramatischen Entwicklung auch auf Kärnten zukommenden vielfältigen Gefahren, zwingen den Kärntner Heimatdienst zum Handeln.

Statutengemäß hat er sich nämlich im Vorfeld der Politik zur direktdemokratischen Vertretung von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bürgerinteressen der Kärntner Bevölkerung verpflichtet

Die Position des Kärntner Heimatdienstes

Der Kärntner Heimatdienst hat sich in seinem Vereinsprogramm verpflichtet, ganz besonders um die Erhaltung der territorialen, der sozialen und der ökonomischen Integrität unserer Kärntner Heimat im Verbund mit Österreich in einem friedlich vereinten Europa bemüht zu sein.

Das schließt ein Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot ebenso wenig aus wie die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben und zum interkulturellen Dialog mit legal in unser Land eingewanderten Menschen auch aus anderen Kulturkreisen,

Wir erwarten jedoch Verständnis dafür, dass wir vorrangig um das Wohl unserer eigenen Bürger und um das Wohl unserer kommenden Generationen bemüht sein müssen.

In diesem Sinne appellieren die Mitglieder des KHD-Vorstands an die Bundesregierung, solidarisch mit anderen europäischen Staaten unter strikter Beachtung christlicher Grundregeln der Humanität, der Menschenrechte, aber insbesondere auch der österreichischen und europäischen Rechtsordnung, unsere nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

Die Forderungen

1.

Das Bemühen um nachhaltige Eindämmung der Massenzuwanderung muss oberste Priorität haben. Die Festsetzung einer Obergrenze kann nur ein erster Schritt sein und genügt keineswegs.

Zur Realisierung einer schrittweisen, jedoch zügigen Eindämmung des Flüchtlingszustroms ist ein nationaler Schulterschluss aller im Parlament vertretenen Parteien anzustreben und gemeinsam gegenüber der EU mit Nachdruck zu vertreten.

Der renommierte österreichische Journalist Karl-Peter Schwarz warnte am 2. Februar in der „Frankfurter-Allgemeinen-Zeitung“ dass *„die Schwierigkeiten von Menschen aus anderen Kulturkreisen zunehmen, je rascher, massiver und ungeordneter die Einwanderung erfolgt. Millionen Migranten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan sind von religiösen und politischen Kulturen geprägt, deren zivilisatorischer Bankrott das blutige Chaos im Nahen Osten und die Flüchtlingskatastrophe verursacht hat. Zugleich steige die Anziehungskraft extremistischer Positionen. Auf beiden Seiten würden der offenen Gesellschaft neue Feinde erwachsen.*

Eine signalisierte Bereitschaft, alle Flüchtlinge aufzunehmen, gefährdet nicht nur den Lebensstandard und das Sozialsystem der eigenen Bevölkerung in dramatischem Ausmaß, sie ist auch höchst inhuman gegenüber den Migranten, zumal sie Hoffnungen weckt, die nicht erfüllt werden können.

Zur Klarstellung: Die Forderung, den Massenzug nach Österreich zu stoppen, ist nicht gleichzusetzen mit einer totalen Grenzschießung für von Verfolgung bedrohte Flüchtlinge und Asylsuchende. Asylsuchende sollen bei Einhaltung der weltweit geltenden Einreisebestimmungen und der nationalen sowie europarechtlich geltenden Vorschriften (u.a. Dublin II) auch in Zukunft bei uns unter Maßgabe unserer Kapazität Zuflucht finden. Das Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot bleibt somit unberührt.

2.

Die ehestmögliche und lückenlose Sicherung der EU-Außengrenzen muss im Interesse aller 28 EU-Staaten liegen. Ein gemeinsames Bekenntnis dazu wäre dokumentierte europäische Einigkeit. Mit einer effizienten Grenzsicherung nach außen, hätte das Sterben im Mittelmeer endlich ein Ende. Kontrollen an den EU-Binnengrenzen werden dann entbehrlich und Schengen bleibt bestehen.

Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, ist dem lückenlosen Schutz der EU-Außengrenzen höchste Priorität einzuräumen.

Mit einem uneingeschränkten Bekenntnis aller 28 EU-Staaten zur Notwendigkeit und ausreichenden Finanzierung des Einsatzes aller zum wirksamen Grenzschutz angemessenen Machtmittel, würde darüber hinaus eine mehr denn je erforderliche Einigkeit der Europäischen Gemeinschaft dokumentiert werden.

Ein Stopp des Massenzuzugs schon an den EU-Außengrenzen wäre auch ein unschätzbare humanitärer Erfolg. Das Massensterben bei der Überfahrt in seeuntauglichen Booten – inzwischen gibt es bereits Tausende Opfer – hätte ein Ende.

Mit einer weitest gehenden Eindämmung des Flüchtlingsstroms an den Außengrenzen könnten die Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraumes für EU-Bürger sofort eingestellt und damit für diese Reisefreiheit bzw. Freizügigkeit wieder voll hergestellt werden.

3.

Parallel zur Sicherung der EU-Außengrenzen hat die Bekämpfung der Fluchtursachen absoluten Vorrang.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU und den Vereinten Nationen sowie im Rahmen der außenpolitischen Kontakte vorrangig und mit Nachdruck alle Initiativen zu unterstützen, die auf die Beendigung des Krieges in Syrien und in den anderen Kriegsgebieten abzielen.

Unter Einsatz aller Machtmittel muss es einer weltweiten „zivilisatorischen Allianz“ auch gelingen, unabhängig von ideologischen, strategischen und kulturellen Unterschieden, dem die ganze Welt gefährdenden Wüten des Terrorregimes „Islamischer Staat“ ein Ende zu bereiten

4.

Die Finanzierung neuer Flüchtlingslager in Kriegsananrainerstaaten bzw. international garantierten Sicherheitszonen in kriegsnahen Gebieten, soll die Abwanderung Hunderttausender nach Europa unterbinden. Neuer „Marshallplan“ für Wiederaufbau in Syrien gefordert. Milliardenhilfe ist vor allem auch von den USA, den reichen Golfstaaten und von Saudi-Arabien einzufordern.

Um ein weiteres Abwandern von Hunderttausenden Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten nach Europa zu unterbinden, sind in sicheren Kriegsananrainerstaaten menschenwürdige Lager mit massiver finanzieller Hilfe der EU zu errichten.

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble forderte beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos „zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und zum Wiederaufbau der Krisenländer im Nahen Osten einen Marshallplan der EU“. Mit Milliardensummen in die Herkunftsländer der Flüchtlinge und in die Nachbarstaaten könnte der Druck auf die EU-Außengrenzen verringert werden, betont Schäuble.

Darüber hinaus erwartet der Kärntner Heimatdienst auch von den USA Milliardenhilfe einzufordern, zumal diese wegen ihren total verfehlten Interventionen in den vergangenen Jahren wesentliche Mitschuld an den kriegerischen Auseinandersetzungen und an der Destabilisierung der Länder im Nahen Osten tragen. Eine US-Finanzhilfe soll den durch den seit Jahren wütenden Krieg leidgeprüften Menschen im Nahen Osten zu Gute kommen.

Befremdend ist auch, dass die reichen Golfstaaten und Saudi-Arabien bisher weder Flüchtlinge aufgenommen noch Finanzhilfe geleistet und somit keine arabische Solidarität gezeigt haben.

5.

Den neuen Flüchtlingen mit Asylstatus sind strenge Pflichten aufzuerlegen. Grundwerte sind nicht verhandelbar. Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sind konsequent abzuschieben.

Jeder anerkannte Asylant muss zur Integration bereit sein und sich zu unseren Grundwerten bekennen. Bei Nichtbeachtung muss die Mindestsicherung gekürzt und allenfalls zur Gänze gestrichen werden.

Zu den wichtigsten Grundwerten zählen:

Die Freiheit des Individuums, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit der Meinung und der Rede, Trennung von Kirche und Staat, Bekenntnis zur Demokratie und zum Rechtsstaat und zu unseren Gesetzen. Unverzichtbar ist auch das Erlernen der deutschen Sprache als wichtigstes Mittel zur Integration in die österreichisch-europäische Leitkultur ist.

Die Verpflichtung zur Anerkennung unserer Grundwerte muss auch eine Absage an die, die heimische Bevölkerung diskriminierende Unterscheidung zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“ beinhalten.

Bei Moslems mit aufgeklärtem Religionsverständnis gibt es keine Probleme bei der Anerkennung unserer Wertevorstellungen. Der muslimische Berliner Psychologe Ahmad Mansour bekräftigt das auch noch wenn er sagt: „*Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit, das ist alles nicht verhandelbar.*“

6.

Asylberechtigte aus den Kriegsgebieten sind verstärkt und gezielt auf eine Rückkehr nach Kriegsende in ihre Heimat vorzubereiten. Milliardenbeträge für Flüchtlinge in Europa könnten umgeleitet werden und den Menschen in Syrien zu Gute kommen

Da Österreich generell nur noch „Asyl auf Zeit“ gewährt, sollten Flüchtlinge aus Syrien, vor allem jene, die nicht bereits in unseren Arbeitsmarkt integriert sind – laut Finanzminister Hans Jörg Schelling sind dafür nur maximal 9 % der Flüchtlinge integrierbar - auf eine Rückkehr in ihre Heimat nach Wegfall der Fluchtgründe zum Wiederaufbau und zur Friedenssicherung vorbereitet werden.

Dazu muss dem Vorschlag des Völkerrechtlers Michael Geistlinger zugestimmt werden, die Finanzierung von Flüchtlingslagern in Jordanien durch Österreich zu übernehmen, von wo aus Flüchtlinge „über Nacht“ in ihre Heimat zurückkehren könnten, wenn es in Syrien wieder Frieden gibt. „Das würde unser Land deutlich weniger kosten und den Betroffenen auch viel mehr bringen“.

7.

Der Kärntner Heimatdienst ist gegen Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. JA zu interkulturellem Dialog mit Muslimen.

Jene Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten die vor dem IS-Terror geflohen sind, haben Schreckliches erlebt. Diese bedauernswerten Menschen auch noch pauschal zu verdächtigen, ist völlig unangebracht.

Aus diesem Grund tritt der Kärntner Heimatdienst Pauschalverurteilungen und Generalverdacht entschieden entgegen.

Der Kärntner Heimatdienst will in der Flüchtlingsfrage nicht abseitsstehen und ist in der Kärntner Konsensgruppe zum interkulturellen Dialog mit Muslimen bereit. Zur Moderation eines solche Dialogs haben sich bereits sachkompetente Friedensforscher angeboten.

Es gibt Hoffnung, wenn immer mehr prominente, in Deutschland lehrende Muslime engagiert in Moscheen und Islamzentren einen offenen Dialog der Religionen führen.

Nur ein Beispiel: Der islamische Theologe und muslimische Gemeindevorsteher in Berlin, Ender Cetin, ist nur einer von vielen muslimischen Reformern, der, von islamistischen Fanatiker angefeindet, für einen toleranten Islam kämpft.

„Wir wollen in der Berliner Sehlik-Moschee (zweitgrößte Deutschlands) ein Ort sein für Muslime und Nichtmuslime und den Austausch mit anderen Religionen suchen.“

Der Kärntner Heimatdienst wird ehestmöglich in Kärnten zu einer öffentlichen Diskussion mit einem maßgeblichen Repräsentanten der Muslime einladen.